



zur Kenntnis an den Umwelt- und Agrarausschuss

Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt
und ländliche Räume | Postfach 71 51 | 24171 Kiel

Herrn Bundesminister
Peter Altmaier
Bundesministerium für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU)
10555 Berlin

Der Minister

Ihr Zeichen: /
Ihre Nachricht vom: /
Mein Zeichen: /
Meine Nachricht vom: /

28. März 2013

Sehr geehrter Herr Bundesminister Altmaier,

auch in Schleswig-Holstein wird über die am Wochenende ausgelöste aktuelle Diskussion zu einem Endlagersuchgesetz und der Frage der Zwischenlagerung von weiteren Castoren intensiv diskutiert.

Wir sind uns unserer Verantwortung für dieses große und wichtige Gesetz dabei voll bewusst und verschließen uns Gesprächen zur Zwischenlagerung der aus Sellafield zurück zu nehmenden 21 Castoren mit hochradioaktivem Atommüll und der fünf Behälter mit Atommüll aus der Wiederaufarbeitung in Frankreich an anderen Standorten als Gorleben nicht.

Wir sind im Interesse einer konsensualen Lösung der Gesamthematik grundsätzlich auch bereit, einen Beitrag dazu zu leisten, dass es zur besten aller unbefriedigenden Lösungen kommt.

Eine politische Akzeptanz wird es aber nur geben können, wenn es dabei zu einer gerechten Lastenverteilung unter den Ländern kommt. Deshalb möchten wir Sie hiermit bitten, uns die Einschätzung des BMU mitzuteilen, nach welchen Kriterien mögliche Zwischenlager ausgesucht und festgestellt werden sollen und ob das BMU in der Lage ist, die Belastung für Schleswig-Holstein umfassend abzuschätzen. Insbesondere bitten wir Sie, im Rahmen einer gerechten Lastenverteilung uns auch Ihre Stellungnahmen zu den anderen möglichen Standorten zu übermitteln, insbesondere zu den anderen, die seegängig zu erreichen sind.

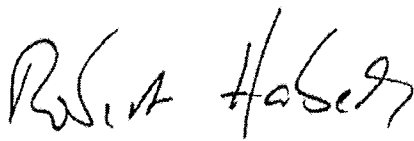
Wir möchten Ihnen gleichzeitig hiermit ankündigen, dass wir eine politische Zustimmung zur Verbringung von Castoren in eine Langzeitzwischenlagerung nicht im Alleingang beschließen werden und deshalb den Landtag mit dieser Frage befassen wollen. Wir streben den nächstmöglichen Termin an.

Für uns ist aber auch klar: Zwischenlager müssen Zwischenlager bleiben. Hier muss die Politik den Bürgerinnen und Bürgern eine Sicherheit geben. Wir brauchen und wollen Sicherheit, dass eine Zwischenlagerung der abgebrannten Brennelemente und evtl. einzulagernder hochradioaktiver Abfälle aus Sellafield in den Zwischenlagern an den AKW-

Standorten in Schleswig-Holstein befristet bleibt. Zwischenlager dürfen nicht schleichend zu Endlagern werden. Es darf deshalb auch nicht zu einer Verlängerung der auf 40 Jahre befristeten Aufbewahrung in den Standortzwischenlagern kommen. Eine Einlagerung von Sellafield-Abfällen in schleswig-holsteinischen Zwischenlagern kann aus Sicht der schleswig-holsteinischen Landesregierung politisch deshalb auch nur dann akzeptiert werden, wenn im Gegenzug unumkehrbar die Weichen für eine lösungsorientierte Suche nach einem atomaren Endlager für hochradioaktive Abfälle gestellt werden. Dies erscheint bei einem politisch jetzt möglichen Konsens machbar. Dies soll im Gesetz zur Endlagersuche mit beschlossen werden!

Die Endlagersuche darf nicht am Geld scheitern. Es muss sichergestellt sein, dass die Energieversorgungsunternehmen voll zu den Kosten herangezogen werden. Im Hinblick darauf, dass sowohl die Stilllegung von Kernkraftwerken als auch die Suche nach einem Endlager sich über viele Jahre und mehrere Jahrzehnte hinziehen wird, halten wir es für notwendig, dass die von Betreibern für diese Zwecke gebildeten Atomrückstellungen in einen öffentlich-rechtlichen Fonds überführt werden, damit sie – wenn sie denn gebraucht werden – auch sicher zur Verfügung stehen. Auch hierzu bedarf es einer gesetzlichen Regelung. Diese allerdings ist kompliziert. Deshalb soll durch eine schriftliche Vereinbarung als Teil der Erklärung zugesagt werden, dass dieser Fonds gesetzlich bis Ende 2013 eingerichtet wird.

Mit besten Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Robert Habeck', written in a cursive style.

Dr. Robert Habeck